

Drucken

Die Beamten gehen aus

Wer soll Deutschland in Zukunft verwalten?

Sonntag, 08.12.2013, 12:07

[Vergrößern](#)[Teilen und Details](#)

dpa Weil eine massive finanzielle Schiefelage droht, halten Experten eine Reform der Beamten-Pensionen für unumgänglich

Lieber freie Wirtschaft als Beamten-Status: Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine Karriere beim Staat. Beim Zoll oder bei Gesundheitsbehörden fehlen schon jetzt Mitarbeiter. Auch Richter und Staatsanwälte gibt es nicht mehr genügend. Und die Lage verschärft sich.

In den nächsten 15 Jahren werden im öffentlichen Dienst nach Berechnungen des Beamtenbundes 1,5 Millionen Beschäftigte altersbedingt aussteigen. Schon heute sei es in verschiedenen Bereichen schwierig, freiwerdende Stellen mit qualifiziertem Nachwuchs zu besetzen, sagte der Beamtenbund-Vorsitzende Klaus Dauderstädt. Dies gelte vor allem für naturwissenschaftlich-technische Berufe, etwa Lebensmittelchemiker und Veterinäre. Nachwuchs fehle aber auch im öffentlichen Gesundheitsdienst und beim Zoll - etwa für die Bekämpfung von Schwarzarbeit.

Millionen-Kampagne für Nachwuchs

Dauderstädt kündigte eine Werbekampagne seiner Organisation an, um junge Menschen für die Arbeit beim Staat zu gewinnen. Die Aktion soll fünf Jahre laufen und bis zu eine Million Euro kosten. Es sei zwar "außergewöhnlich", dass sich ein gewerkschaftlicher Dachverband aktiv in die Rekrutierung der Arbeitgeber einschalte. Aber wenn der öffentliche Dienst seine Qualität halten wolle, brauche es qualifizierten Nachwuchs. "Wir müssen leider feststellen, dass die öffentlichen Dienstherrn und Arbeitgeber mehrheitlich weit entfernt von einer nachhaltigen und professionellen Personalbedarfsplanung agieren", sagte der dbb-Chef.

Der Staat als öffentlicher Arbeitgeber konkurriere angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels mit der freien Wirtschaft, die häufig attraktivere Gehälter zahle, erklärte Dauderstädt. Weil es immer weniger Verbeamtungen gebe, ziehe zudem das Argument der Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr so wie früher.

Unter anderem will der Beamtenbund Schüler und Lehrer mit Broschüren, Unterrichtsmaterialien und einer Website über Berufe im öffentlichen Dienst informieren. Der Titel der Kampagne lautet "Die Unverzichtbaren".

Beamte sehr häufig krank

Als Lockmittel in den Beamtenberuf dienen auch steuerliche Privilegien und eine gute Altersversorgung – Vorzüge, die auf der Kippe stehen. Experten fordern angesichts des drohenden Anstiegs der Pensionslasten

einschneidende Reformen. Nach Berechnungen des Freiburger Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen schnellen die Versorgungslasten von Bund und Ländern von 32,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 52 Milliarden Euro im Jahr 2023 in die Höhe. Raffelhüschen plädiert dafür, dass „sämtliche Rentenreformen der vergangenen Jahre wirkungsgleich auf die Pensionen übertragen werden – hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf“. Die Gefahr: Noch weniger junge Menschen könnten sich dann künftig für den Beamtenberuf entscheiden.

Zu einem Problem im öffentlichen Dienst werden auch zunehmend wachsende Fehlzeiten: Bundesbeamte fehlten 2012 19,97 Tage krankheitsbedingt. Das geht aus dem Gesundheitsförderungsbericht 2012 des Bundesinnenministeriums hervor. Damit waren Staatsdiener im Schnitt 45 Prozent länger krank als Erwerbspersonen (Beschäftigte inklusive eigenständig krankenversicherte Arbeitslose). Immerhin: Je höher die Laufbahn, desto geringer war jedoch die Abwesenheitsdauer der Beamten.

Richter und Staatsanwälte klagen

Auch an deutschen Gerichten herrscht Mangel: Es gebe zu wenige Staatsanwälte und Richter, wie der „Spiegel“ berichtet. Das geht aus einer internen Statistik der Bundesländer hervor, aus der das Nachrichtenmagazin zitiert. Deutlich unterbesetzt sind demnach vor allem die Gerichte in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Niedersachsen, Bayern und Hessen. An Rhein und Ruhr wurden dem Bericht zufolge im Dezember 2012 die Personalvorgaben bei Richtern um 13 Prozent unterschritten, bei Staatsanwälten um 16 Prozent.

In einer noch unveröffentlichten Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, die dem Magazin ebenfalls vorliegt, klagten 72 Prozent der Richter und Staatsanwälte, dass sich die Bedingungen für eine gute Rechtsprechung in den letzten Jahren verschlechtert hätten. Vier von fünf Staatsanwälten erklärten, sie hätten nicht genug Zeit für die Bearbeitung ihrer Fälle.

© FOCUS Online 1996-2015

Drucken

Fotocredits:

dpa

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.